

Prinz Alois Richtenstein und die sociale Frage.

Von Karl Reichhart.

In alten, noch aus dem vorigen Jahrhunderte stammenden Kalendern finden wir einen so kernigen und treffenden Volkshumor, wie ihn unsere blasirte Zeit gar nicht mehr zusammenbringt. So bringt z. B. ein solcher alter Kalender folgende zwei sich ergänzende Holzschnitte:

Der erste zeigt uns einen Jahrmarkt mit dem bunten Treiben von Hunderten von Menschen, die sich dort drängen, stoßen, lachen, schreien, kaufen u., und in Mitte dieses Treibens einen Wunder-Doktor, der durch Pauken und Trompeten den ihn anstaunenden Bauern kundthut, daß sein wunderbares Elixir unfehlbar allen Körper-Schäden und Krankheiten abhelfe, und darunter liest man den Wahlspruch:

Wenn der Bauer zum Doctor kommt,
Es dem Bauer gar weidlich frommt.

Das zweite Bild gleich daneben zeigt aber, wie ganz erbärmlich es jenen Vertrauensseligen ergeht, die sich den Wundertrank aufschwägen ließen; denn da liegen nun die armen Bauersleute auf dem Boden, krümmen und winden sich in ihren Schmerzen, schreien und heulen, der Doctor aber schleicht mit wohlgefülltem Beutel fort und darunter steht der Spruch:

Wenn der Bauer zum Doctor lauft,
Hat er sich bald zu Tod gefauft.

Unwillkürlich erinnert dieses Bild nicht bloß an unsere modernen Kurpfuscher und deren unfehlbare Heilmittel, sondern noch weit mehr an unsere liberalen Heilkünstler, die sich seit mehr als 20 Jahren dem vertrauensseligen Volke als unfehlbare Retter des kranken Staates vorstellten und

aufdrängten. „Nicht bloß aus den Banden des Absolutismus und der pfäffischen Finsterniß, sondern auch von allen Hindernissen und Schranken einer „gesunden“ Volkswirthschaft soll das „gute“ Volk befreit, und Wohlfahrt und Erdenglück nicht bloß einzelnen bevorzugten Adeligen und Pfaffen, sondern „Allen“ ohne Ausnahme zu Theil werden“, so lauteten die Verheißungen der liberalen Volkstribunen, die sie mit nicht wenigerem Lärm in Zeitungen und Versammlungen preisgaben, als der Pfuscher in Wunderelixir.

Und das vertrauensselige Volk, das ihnen nicht bloß seine politischen Rechte, sondern selbst den letzten Sparpfennig anvertraut, was hat es erhalten?

Während die liberalen Heilkünstler sich bereichert, ist das Volk verarmt und leidet in Folge der liberalen Segnungen und Heilmittel an einem Katzenjammer, der nicht bloß die Anzeichen eines Rausches, sondern vielmehr der Vergiftung aller gesunden Kräfte trägt; das Volk krümmt und windet sich in seinem Elende, während die liberalen Helfer als Millionäre oder Verwaltungsräthe mit wohlgefülltem Beutel fortschleichen nach dem alten Spruche:

Wenn der Bauer zum Doctor läuft,
So hat er sich bald den Tod erfaßt.

Denn nebst dem religiösen, nationalen und politischen Hader, der unser liebes Vaterland beunruhigt, ist ganz besonders der sociale Klassenkampf ein Werk liberaler Wirksamkeit, wie es Prinz Alois Liechtenstein so richtig mit den Worten sagt: Der große, unserem Jahrhundert als sein augenfälligstes Merkmal anhaftende Uebelstand ist die sociale Zerrüttung oder der Klassenkampf zwischen Arm und Reich.

Mit diesen Worten hat der hochgebildete Fürst die sociale Wirksamkeit des Liberalismus charakterisirt und angedeutet, daß die sogenannte „sociale“ oder Gesellschafts-Frage eine Frage

geworden, welche bereits die ganze Gesellschaft bedroht und in „Frage“ stellt.

Noch nie ist in Oesterreich Ursprung, Wesen und Tragweite der socialen Frage in so treffender, ja geradezu klassischer Weise erörtert worden, als in jener Rede vom 18. Mai l. J., welche der verblüfften liberalen Parthei den Beweis erbrachte, daß auch die „höheren Schichten“ bereits die Arbeiterfrage „studieren“ und das Wort unseres Kaisers beherzigen, der vor Kurzem zu etlichen Deputirten sagte: „Meine Herren, studieren wir die sociale Frage, denn sie ist die größte Frage unseres Jahrhunderts.“

Freilich gab es eine Zeit, wir denken sie noch gut, wo man Jeden, der den schändlichen Machtmißbrauch des Großkapitals zu besprechen, und im heutigen Kampfe zwischen der ehrlichen Arbeit und dem ausbeutenden Kapital zu Gunsten der Ersten ein freundliches Wort zu sprechen wagte, alsogleich mit den Ehrentiteln: „Feind der gesellschaftlichen Ordnung“, „socialer Rezer“, „Social-Demokrat“ oder gar „Kommunist“ zu belegen liebte, ja wo gewisse Ordnungs-Fanatiker voll sittlicher Entrüstung ausriefen: „Gefährdet ist das heilige Eigenthum, hinweg mit ihm“, ganz unbekümmert darüber, ob denn das heilige Eigenthum so vieler liberaler Speculanten, Gründer, Verwaltungsräthe u. auch nur in den geringsten Fällen eine Kritik aushält und ob es nicht manchem heutigen Millionär, der jetzt sein „heiliges Eigenthum“ beweisen soll, ebenso ergehen möchte, wie etwa einem Handwerksburschen, in dessen Stiefeln der Gensdarm „zufällig“ eine Hundert-Note findet.

Indem nun jede Erörterung der socialen Frage, jeder Angriff auf die liberale Dekonomie schon im Vorhinein als ein Angriff auf das „heilige Eigenthum“ oder die „göttliche Ordnung“ gebrandmarkt und verdächtigt wurde, konnte die liberale Parthei ihr volksfeindliches, ausbeutendes Unwesen weiter treiben und die Proletarisirung der Gesellschaft fortsetzen.

Um so verblüffender wirkte es, als ein hochbegabter Prinz, Fürst Alois Liechtenstein, in öffentlicher Versammlung dem Liberalismus zu Leibe ging, ihm das gleißende Humanitäts- und Freiheitsmäntelchen wegriß, sein unchristliches, unsittliches, wucherisches, gesellschaftsfeindliches Wesen und Treiben aufdeckte und ihn in seiner ganzen Blöße und Gefährlichkeit hinstellte. Mit kritischer Schärfe führte er den Nachweis: „Das Ziel des herrschenden Liberalismus ist nichts Anderes, als: die schrankenlose Herrschaft des Geldes über verarmte Volksmassen.“

Mit Entsetzen sah die liberale Bourgeoisie, daß nicht nur Social-Democraten und Communisten, sondern auch die „höheren Schichten“ der Gesellschaft „an der Kette der wirthschaftlichen Erscheinungen rütteln“, der zunehmenden Verarmung der Gesellschaft entgegentreten und der sogenannten Arbeiterfrage nicht mehr rathlos, gleichgültig und zerfahren gegenüberstehen, sondern feste Stellung nehmen.

So verblüffend aber diese Rede auf die Liberalen wirkte, ebenso ermutigend und erhebend wirkte sie auf die conservative Parthei und das ganze Volk. Denn wenn sich Tausende und aber Tausende ohne alles Verschulden in einem menschenunwürdigen Dasein befinden, wenn sie in angestrengtester, oft das Leben untergrabender und nimmer ruhender Arbeit kaum das kärglichste tägliche Brod verdienen, wenn sie trotzdem nichts für ihre alten Tage oder einen edleren Lebensgenuß, oder für die Erziehung ihrer Kinder zu einem besseren Lose erübrigen können; wenn ferner die moderne Oekonomie darauf ausgeht, nicht bloß dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit, sondern auch noch seine Selbstständigkeit, sein Familienglück, den gottgeschenkten Sonntag, den Trost der heiligen Religion zu nehmen, da soll, ja muß der christliche Adel auf dem Kampfplatze auftreten und ritterlich eintreten für die verletzte Menschenwürde, oder man mußte den schönen Wahlspruch ändern: Noblesse oblige.

Goldes sind die Worte, mit denen der ritterliche Fürst die Erniedrigung des menschlichen Arbeiters zur bloßen „Waare“ in der heutigen liberalen Oekonomie brandmarkt: „Es gibt nichts Unchristlicheres und Gesellschaftsfeindlicheres, als diese Anschauung. Meine Herren! Die Arbeitskraft kann nicht getrennt werden von den Muskeln, die sie leisten, noch von dem Willen, der sie hervorrief; wer nur die Arbeitskraft als Waare betrachtet, der maßt sich auch das Recht an, den von Gott erschaffenen Körper und die ewige Seele mit ihm zu kaufen; der will thatsächlich die Unfreiheit des Menschen, mag er auch das Wort Freiheit noch so oft im Munde führen.

Ja, wer immer über das unchristliche, unsittliche und gesellschaftsfeindliche Wesen des Liberalismus und ganz besonders über Ursprung und Tragweite der socialen Frage unterrichtet sein will, der lese die kurze, aber meisterhafte Rede des Fürsten Alois Liechtenstein.

Was kann, ja was soll nun von uns, von Seite der Katholiken geschehen, um der schlimmsten aller Herrschaften, nämlich der Herrschaft der Börsenjobber, und der unsittlichsten aller Abhängigkeiten, nämlich der absoluten Abhängigkeit vom fremden Gelde zu steuern und eine größere Ausgleichung im Besitzstande der Volksgenossen anzubahnen und zu fördern?

Auch diese Frage beantwortet der fürstliche Redner mit den Worten: „Unser Ziel ist nicht der Klassenkampf, sondern der Friede und die Harmonie unter allen Volksklassen, daher die Wiederbekleidung der arbeitenden Massen mit festem Besitze und jenem bescheidenen Wohlstande, welche laut dem Zeugnisse der Geschichte unumgänglich nöthig sind, um dem Staate und der Gesellschaft Dauer und Bestand zu sichern, zugleich aber auch die religiöse und sittliche Hebung der Volksklassen, weil nur einem frommen, gottesfürchtigen Volke der Wohlstand keine Corruption bringen wird.“ Dann fährt er fort: „Was nun die

Mittel anbelangt, um aus der socialen Noth herauszukommen, so müssen wir genau das Gegentheil von dem thun, was die Liberalen gethan haben, welche das sociale Elend und die sociale Gefahr erzeugt haben", also statt geflissentlicher Entchristlichung des Arbeitervolkes — Wiederbelebung und Hebung der christlichen Anschauung, neben den socialen Gesetzen zum Schutze des Kapitals — auch Gesetze zum Schutze der Arbeit, somit ein Landwirthschafts-, Gewerbe-, Handwerker- und Arbeitsrecht neben dem jetzt schon bestehenden Handelsrecht, und endlich neben socialen Institutionen zum Schutze und zur Vertretung des Großkapitals — Einrichtungen zum Schutze und zur Vertretung der kleinen Leute, Arbeiterkammern.

Dieß sind nebst dem „festen Willen“, der „reinen Absicht“, dem „Vertrauen auf Gott“ und „eifrigem Studium“ der socialen Frage die Grundzüge seines socialen Programmes, welches sich getreu an jenes der deutschen Katholiken anschließt und die Mainzer Resolution nur in der Weise entwickelt und ausbaut, wie es die österreichischen Verhältnisse erlauben und — erfordern.

1. Wer für die Zeichen der Zeit ein offenes Auge hat, wird nicht verkennen, daß in diesen Grundzügen wie im Reine Alles enthalten ist, was zur Hebung des 4. Standes zu einem menschenwürdigen Dasein dienlich ist, nämlich nicht bloß das stolze, lieb- und erbarmungslose liberale: „Hilf dir selbst“, sondern auch Staats- und Gotteshilfe. Soll nämlich die große Frage des 19. Jahrhunderts nicht mit „wallendem Lockenhaar“ und „ehernen Sandalen“, sondern auf friedlichem Wege gelöst werden, so kann dies nur geschehen durch einmüthiges Zusammenwirken aller dabei betheiligten socialen Kräfte.

Daß die Selbsthilfe der bedrängten Klassen nicht ausreicht, bessere sociale Zustände herbeizuführen, unterliegt heutzutage, wo alle Bemühungen von Schulze-Deletisch entweder als

Gumbug oder als großer Irrthum erkannt werden, wohl keinem Zweifel mehr.

Es müssen also andere „mithelfen“, und zwar sollen dieß vor Gott und ihrem Gewissen in erster Linie die reichen Unternehmer oder Arbeitgeber thun, denen der Arbeiter seine Zeit, seine Kraft, seine Gesundheit weihet und opfert. Freilich sagen die meisten Gelbleute: „Was geht mich der Arbeiter an? Hat er nicht seinen Lohn? Kann ich nicht mit m e i n e m Eigenthum thun, was i c h will?“

Als ob nicht alles Eigenthum Gott gegenüber nur „zur Verwaltung“ anvertrautes Gut wäre, welches der menschlichen Gesellschaft auch zu Gute kommen soll! Denn wie der Mensch selbst, so hat auch jegliches Eigenthum des Menschen außer der b e s o n d e r e n Seite, die es zum Privatbesitze eines Einzelnen macht, noch eine a l l g e m e i n e, univervelle Seite, welche der gesammten Gesellschaft darauf gerechten Anspruch gibt. Daß z. B. Staat und Gemeinde von dem Vermögen jedes Einzelnen Steuern und Abgaben fordern, daß ferner Gesetze die freie Verfügung des Einzelnen über sein Eigenthum beschränken, findet Jedermann in Ordnung. Hat aber, so fragen wir, der Besizende nicht noch a n d e r e Pflichten als die, welche die Staatsgesetze vorschreiben und nöthigenfalls erzwingen? Hat er nicht, so gut wie gegen Familie, Gemeinde und Staat, auch Pflichten gegen die Gesellschaft? Oder was der einzelne Mensch an Hab und Gut, an beweglichem und unbeweglichem Eigenthum besizt, ist es etwa nur das Erzeugniß eigener Thätigkeit? Verdankt er es nicht vielmehr dem Mitwirken Anderer, der g e m e i n s a m e n g e s e l l s c h a f t l i c h e n Arbeit der v o r ihm und mit ihm lebenden Menschen? Und wie der Einzelne nur mit Hilfe Anderer das Eigenthum erhalten, so kann er auch nur mit Hilfe Anderer die Früchte desselben genießen; denn nur in der Gesellschaft hat das Eigenthum W e r t h und nur in derselben kann der Besizer desselben f r o h werden.

Es ist deßhalb moralische Pflicht eines jeden Besitzenden, von seinem Vermögen einen solchen Gebrauch zu machen, daß es nicht bloß ihm selbst, sondern auch der Gesamtheit und insbesondere den minder günstig gestellten Mitmenschen zu Gute kommt, wie so schön der Apostel sagt: Den Reichen rathe ich, den Aermern mitzutheilen.

Aber nicht bloß religiöse und moralische Gründe, sondern selbst die gemeine Weltklugheit sollen die Besitzenden zur Hilfe anspornen, damit „der schlafende Löwe“ nicht erwache und nicht etwa über den Ursprung so manchen großen Besitzes nachdenke, von dem man wie von Schillers Mädchen in der Fremde nicht recht weiß, „woher er kam.“

Wehe der heutigen Gesellschaft, wenn sie der sittlichen Bestimmung des Vermögens immer entgegengehandelt, und statt durch barmherzige Liebe die großen Gegensätze zwischen Reichtum und Armuth auszugleichen, durch tollen Luxus, durch schamlose Spekulation, durch wucherische Steigerung der Miethpreise den Armen erbittert; denn schon Cato sagt: Der Hunger kennt kein Gesetz, und der größte Rebell ist ein knurrender Magen, und der treffliche römische Jurist Gajus sagt: Male nostro jure uti non debemus.

2. Je weniger aber die liberale Bourgeoisie gewillt ist, dieser von Gott gewollten, ja sogar vernunftgemäßen Pflicht nachzukommen, um so mehr ist es Pflicht des Staates, seinen schwer bedrängten und in Elend schmachtenden Angehörigen auf jegliche Weise zu helfen und beizuspringen.

Und nun die Frage: was muß denn nun von Seite des Staates geschehen, um eine friedliche Lösung der socialen Frage zu erzielen?

Mit Recht verlangt Fürst Liechtenstein Schutz und Förderung der Arbeiter-Interessen, indem er spricht: „Der Staat, wie wir ihn denken, der christliche Staat hat der neuen Rechtsbildung gegenüber sich fördernd und schützend zu verhalten.“ Also „Schutz“ und „Förderung“ — in diesen 2

Worten ist der ganze Zweck der großen Genossenschaft, die wir „Staat“ nennen, klar und scharf ausgesprochen.

Was ist aber unter diesen zwei Worten zu verstehen? Auch der Despot nennt sich Schutz- und Schirmherr seines Volkes, und Krieg gilt heutzutage im „Kulturlande“ als „Förderung“ der Civilisation; vera rerum vocabula amisimus, sagt der große Gefangene im Vatikan. Um so mehr thut es noth, zu sagen, welchen Sinn man diesen Worten zu geben hat.

„Staatschutz“ ist nun die Pflicht des Staates, jeden Einzelnen in der freien Entwicklung seiner Kräfte zu schützen, so lange nicht die gleiche Freiheit Anderer behindert wird.

Dieser bloße „Schutz“ aber ist bei weitem nicht genug, es muß auch die Förderung hinzutreten. Unter dieser Förderung verstehen wir die Pflicht der Gesamtheit, überall da helfend einzutreten, wo die Selbstsorge des Einzelnen nicht ausreicht, ihm ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen.

Der Staat hat also nicht allein die Aufgabe, die Interessen der „Oberen Zehntausend“ allein mit allen Mitteln des Staates zu schützen und zu fördern, wie es unsere liberalen Volksvertreter wollen, sondern daß er ganz besonders den 4. Stand, der nicht bloß fast allein die bitterste Steuer, nämlich die Blutsteuer, sondern in bei weitem größtem Maße auch noch die indirekte Steuer leistet, gegen den furchtbaren Druck des Kapitals schütze und dessen Interessen, die ja zugleich die Kultur-Interessen der Menschen sind, fördere.

Jeder für Alle — ist Menschenpflicht,
Alle für Jeden — ist Menschenrecht.

Allein ganz abgesehen von der größeren Bedürftigkeit, tritt hier noch ein anderer Grund hinzu, der eine ganz besondere Beachtung des Arbeiterstandes von Seite des Staates zu einer Forderung der ausgleichenden und versöhnenden Gerechtigkeit macht. Um dieses

zu verstehen, müssen wir die Entstehung dessen, was man heutzutage Kapital nennt, näher in's Auge fassen.

Was versteht man unter dem Worte Kapital? So verschieden auch in den wichtigsten Punkten die Begriffserklärungen der Social-Politiker sein mögen, darin sind alle einig: daß es vorgethane, angesammelte Arbeit ist.

Nun aber die weitere Frage: Wer hat diese Arbeit geleistet? Etwa diejenigen, in deren Händen sich derzeit das Kapital befindet? Verdankt etwa der Fabrikant, der Börsenjude, die Rothschilde und Bleichröder ihren Reichthum an aufgehäufter Arbeit nur der eigenen Thätigkeit und der Arbeit ihrer Vorältern? Und ist hingegen der Kapitalmangel, die Armuth des 4. Standes nur eine Folge der eigenen und der Väter Verschuldung?

Kein Vernünftiger wird dieß behaupten wollen. Wenn aber der große Unterschied in dem Vermögen keine Wirkung des wirthschaftlichen Verhaltens der Besitzenden und des unwirthschaftlichen Treibens der Besitzlosen ist, wem ist dann diese oft schreiende Ungleichheit zuzuschreiben? Woher kommt es, daß das Kapital sich je länger, auch um so mehr selbst ohne die geringste Arbeitsleistung in den Händen einiger Weniger ansammelt, während die Masse der Lohnarbeiter trotz ihres Fleißes kaum des Leibes Nothdurft befriedigen kann?

Woher kommt dieß Alles? Offenbar von nichts Anderem, als der unrichtigen Vertheilung des Arbeitsertrages, die im Systeme der liberalen Oekonomie liegt. Hören wir doch, was einer der größten National-Oekonomen Englands über diese unrichtige Vertheilung sagt:

„Das Produkt der Arbeit“ — sagt Stuart Mill — „vertheilt sich heutzutage im umgekehrten Verhältnisse zur Arbeitsleistung. Der größte Antheil fällt jenen zu, die gar nichts arbeiten; der nächstgrößte jenen, deren Arbeit fast nur nominell ist, und so — nach absteigender Skala — schrumpft die Belohnung zusammen, in dem Maße, wie die Arbeit

immer härter und unangenehmer wird, bis endlich die ermüdendste und aufreibendste körperliche Arbeit kaum mit Sicherheit auf den nothdürftigen Lebensunterhalt rechnen kann."

Wie hat nicht der Proceß Ofenheim diese drastischen Worte illustriert! Die Eisenbahn Lemberg-Czernowitz sollte gebaut werden mit dem Gelde der Aktionäre und der — Steuerträger. 24 Millionen sind bestimmt als Baufond. Was geschieht mit diesen 24 Millionen? 2 und $\frac{1}{2}$ Millionen stecken ohne jegliche Arbeit die Herren Gründer und Concessionäre Ofenheim, Giskra und Consorten als bloßes Trinkgeld ein; ein anderer Theil der Millionen kommt ohne Einen Spatenstich an die Unternehmer und Subunternehmer; mit anderen Millionen wird Material, Eisen, Holz &c. eingekauft, und diejenigen, welche wirklich mit Aufopferung ihrer Gesundheit, ja oft selbst ihres Lebens die Eisenbahn gebaut haben, erhielten oft nicht genug, um ihren und ihrer Familie Unterhalt kümmerlich zu erhalten.

So vertheilt sich in der liberalen Oekonomie Lohn und Arbeit.

Und der „liberale“ Staat? Wird er sich aufraffen, um die Arbeit gegen die Uebermacht des Kapitals zu schützen und der von Tag zu Tag wachsenden socialen Ungleichheit Schranken zu setzen? Hierüber ertheilt uns genügende Antwort das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte. Dort regiert seit 1866 der Liberalismus mit den Koriphäen Lasfer, Bamberger, Oppenheim, Braun &c. Leichter wie sonst irgend in der Welt hätte dort nach dem Milliarden-Regen eine großartig angelegte National-Wirthschaft die sociale Frage gelöst und ein großer und breiter Mittelstand geschaffen werden können. Und doch, was ist in Wirklichkeit geschehen? Statt sociale Gesetze für das Volk hat die liberale Partei in Preußen ein Aktiengesetz, die Münzreform, das Bankgesetz, also lauter Gesetze durchgebracht, welche der deutsche Volksmund nur „Judegesetze“ nennt; die Milliarden aber sind verduftet, das Volk dafür ist unter dem Drucke und

der Uebermacht des Kapitals so sehr verarmt, daß in Preußen nach dem Geständnisse Ramphausens allein $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen sind, die kein Jahreseinkommen von 140 Thalern haben, und schon wieder soll statt verheißener Steuererleichterung eine Mehrbelastung dieses Volkes um 35 Millionen eintreten! Ganz richtig sagt daher Fürst Liechtenstein: „Vom liberalen Staate ist nichts zu erwarten; denn er wird entweder dem ökonomischen Vernichtungskampfe ruhig zuschauen — oder in diesem Kampfe sogar noch für den Stärkeren Partei ergreifen.“ Selbst die Berliner Kreuzzeitung sah sich durch obiges Treiben zu dem schmerzlichen Ausruf veranlaßt: „Selten, vielleicht niemals vorher in der Weltgeschichte ist eine Zeit für eine großartig angelegte National-Wirthschaftspolitik günstiger gewesen, als die Zeit nach dem Kriege von 1870 es für uns gewesen! Aber vielleicht niemals ist ein großartiger, staatswirthschaftlicher Moment kläglich frustirt, bedauerlicher verkümmert und vollständiger verpfuscht worden, als die Zeit der französischen Zahlungen. Denn der goldene Milliarden-Segen, statt dem Volke aufzuhelfen und einen neuen Mittelstand zu schaffen, ist durch eine verderbliche Politik der Nation bereits zum Fluche geworden und scheint es immer noch mehr zu werden.“

Soll demnach der Staat seinen socialen Pflichten gerecht werden, soll er nicht bloß der Wächter für die „Oberen Zehntausend“, sondern auch der Beschützer der anderen bedrängten Millionen Bürger sein und ihnen zu einem menschenwürdigen Dasein verhelfen, so muß er zu allererst aus den Händen des unchristlichen, herzlosen, gesellschaftsfeindlichen Liberalismus befreit werden, um seine gottgewollte Aufgabe und Sendung zu vollbringen, und so lange nicht der sociale Michael den modernen Lucifer gebändigt und aus seiner angemessenen gott-

und menschenfeindlichen Herrschaft verdrängt hat, kann von einer auch nur theilweisen Lösung der socialen Frage keine Rede sein.

Nur der christliche Staat wird die Frage der Frauen- und Kinderarbeit lösen, nur der christliche Staat wird die Gesundheitspflege nicht bloß der Börsenjobber und Kapitalisten, sondern auch der Arbeiter in die Hand nehmen und Garantien fordern gegen die gesundheitsverderbliche Wirkung gewisser Arbeiten, oder gegen die Sicherheit des Lebens aus Rücksichten der Ersparung und der Knauzerei; nur der vom christlichen Geiste erfüllte Staat wird ein Verbot der Sonntagsarbeit, ein Verbot der übertriebenen Tag- und Nachtarbeit erlassen und auch mit aller Strenge durchführen u. Nur der christliche Staat wird die Interessen auch des 4. Standes schützen und fördern, nicht etwa — wie ängstliche Gemüther fürchten — auf Kosten des vermögenden Bürgers, und noch weniger mittelst dauernder Staatshilfe ein neues Arbeiter-Junkerthum schaffen, sondern durch gute sociale Gesetze das Versäumte nachholen, das sociale Uebel zu heben bestrebt sein und dasjenige thun, was wir als „Forderung der ausgleichenden versöhnenden Gerechtigkeit“ bezeichnet haben.

Nichts bringt einem Gemeinwesen mehr Vorthail — als Gerechtigkeit in allen Dingen. Sehr schön sagt der fürstliche Redner von diesem Staate: „Der Staat, wie wir ihn uns denken, nämlich der christliche Staat hat sich der ständischen Rechtsbildung gegenüber stets fördernd und schützend zu verhalten, so zwar, daß jeder Stand seine berechtigten Interessen verfolgen, aber keiner auf fremde Kosten seinen Vorthail anzustreben vermöge.“

Wie lange aber noch wird der moderne Liberalismus sein verderbliches Spiel treiben? Wann wird endlich auch für ihn das Donnerwort erschallen: „Bis hieher und nicht weiter?“

Auf diese Frage gibt derselbe Redner folgende mit stolzer Zuversicht gesprochene Antwort: „Meine Herren! Sie alle fühlen es, daß der Liberalismus nicht mehr lange die Nationen zu lenken berufen ist; bald und er läuft der Reaction in die Arme und verhängt den Belagerungszustand über alle Völker, um nur seine Herrschaft zu verlängern; nur ein einziger Mann, der deutsche Reichskanzler, hält durch den Schrecken seines Namens den gesammten hinfalligen Liberalismus in Europa noch aufrecht. — Er ist politisch und wirthschaftlich dem Verfall rettungslos anheimgegeben; sein Siechthum mag je nach Verhältniß mancher Länder kürzer oder länger dauern; ich aber glaube, daß das Ende rascher kommen wird als man glaubt, rascher namentlich als wir selbst es wünschen dürfen. Denn wir Katholiken sind dann von Gott und von Rechtswegen die Erben jener Weltherrschaft, die leider der Liberalismus über die Geister der Menschen und die Geschicke der Völker nur zu lange ausgeübt, ja wir sind seine Erben, leider keine lachenden Erben!“

Ja, der edle Redner hat Recht; der Liberalismus ist dem Ende seiner Herrschaft nahe; er fühlt es selbst, „daß die Tage da sind, die ihm nicht mehr gefallen.“ Was ihm aber zuletzt den Todesstoß versetzt — das ist das verhängnißvolle Resultat seiner Organisation, es ist die gänzliche Abwesenheit der Organisation der Arbeit. Dieses System muß daher sterben, weil es eben nicht leben kann.

In das alte Räderwerk der alten Gesellschaft, welches nur des Deles bedurfte, goß der Liberalismus Essig, und Alles wurde vom Rost zerfressen und — knirscht. Als man das Knirschen hörte, griff man zu Palliativ-Mitteln; man errichtete Consum-, Creditvereine, als ob solche Vereine auch nur im Geringsten fähig wären, das sociale Elend aufzuhalten. Der Liberalismus hat seine letzte Phrase

und seine letzte Karte bereits ausgespielt, er ist entlarvt und — gerichtet.

Wird der christliche Staat sein Nachfolger und sein Erbe sein oder der Socialismus? Hoffen wir zu Gott das Erstere; denn nur der Staat kann, und nur der christliche Staat wird die sociale Frage lösen.

Regierungsakte des ersten Bischofs von Linz.

Ein Beitrag zur Diözesangeschichte von Fr. Sch.

III.

Am 20. März 1786 verordnete das Consistorium „um aller Unordnung in dem Gottesdienste der Charwoche vorzubeugen“, daß das hl. Grab und die bisherige Auferstehungs=ceremonie wegzulassen seien, wogegen am Charfreitag Nachmittag schon wieder die gewöhnliche Litanei gebetet werden könnte, nachdem zuvor das hochwürdige Gut aus der Sakristei, wo es „am Charfreitag und Charfreitag ohne Kerzen bloß mit einer brennenden Lampe aufzubehalten“ wäre, ohne Gepränge auf den Hochaltar übertragen worden.

Am 31. März 1786 theilte die Regierung dem Consistorium den Wunsch des Kaisers mit, daß „die Religions= und gottesdienstlichen Handlungen vorzüglich die Verwaltung der heil. Sakramente bei Sterbenden und der Taufe in der Landessprache ausgeübt werden“ möchten und verlangt die Vorlage zweckmäßig in der Landessprache verfaßter Kirchenagenden. B. Herberstein wandte sich daher an Cardinal Migazzi in Wien mit der Bitte um Mittheilung jenes Rituals, welches derselbe „auflegen zu lassen gesinnt sei“, und das in der deutschen Sprache verfaßt wäre, um es auch in der Linzer Diözese einzuführen. Zugleich aber ließ er selbst mit der Abfassung einer Kirchen=